

Delbrück gegen Rheinbaben.

Diesem Ministerium keine Steuern!

Es muß weit in Preußen gekommen sein, wenn schon ein hochbetragter Professor die Staatsbürger auffordert, keine Steuern zu zahlen, also zur Schaffung eines neuen Protektes gegen die Regierung, wovon bisher nur Demokraten und Sozialdemokraten Gebrauch gemacht haben.

Delbrück berechnete ferner, daß in den Einnahmen der preussischen Einkommensteuer 63 Milliarden bei der Veranlagung nicht berücksichtigt werden. Die Berechnung erregte Aufsehen. Sie ist manigfach nachgeprüft worden.

Zunächst sind zwei Oberverwaltungsgerichtsräte, die im Steuerfeld gearbeitet haben, Herr Wenzel in den 'Preussischen Jahrbüchern' und Herr Falkenhahn in der 'Zeit', nacheinander aufgetreten und haben die völlige Angünstigung des jetzigen Veranlagungssystems, namentlich die völlig unmögliche Stellung, die dem Landrat darin zuzukommen ist, scharf getadelte.

Man hat sich nun der Finanzminister bei der zweiten Sitzung des Staatsrats getrotzt. Er ist im Entschluß, einen scharfen Erlaß an die Steuerbehörden herzugeben, daß die Abstände bei der Veranlagung schleunigst beseitigt werden müßten.

Man sieht, wie man dem, der so redet, antworten; denn es ist richtig, was er sagt. Vielleicht rafften sich bei der bevorstehenden Beratung der Steueretatats oder bei einer sonst vorliegenden Gelegenheit die gelangten Liberalen auf und machten dem Herrn Finanzminister klar, was seines Amtes ist und woher er besagt wird.

Eine neue Landtagswahl in Berlin.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hugo Heimann hat sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt gesehen, das Mandat zum preussischen Abgeordnetenhaus niederzulegen und zugleich seine Kandidatur in der Berliner Stadtverordnetenversammlung einzuziehen.

Da die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten in diesem Wahlkreise abfallen wird, so wird wohl eine Ersatzwahl nicht so bald angeordnet werden.

Die Konservativen unter sich.

Zu einer beispiellos häßlichen Auseinandersetzung kam es gestern abend in einer Versammlung, die die konservative Vereinigung nach den Doppelwahlen in Moabit einberufen hatte.

Die Neuerung des Reichstagsabgeordneten v. Eldenburg.

festhielt und dabei hervorhob, daß, was sich mit einer solchen Rede, mit solchen Worten und Mäßen auf den Standpunkt eines unabhängigen Politikers stellen will, das Recht verweigert habe, sich ein Deutscher zu nennen.

Der Herr Reichstagsabgeordnete hat den Antrag, die Vereinigung der konservativen Partei eine Forderung zur Wiedererrichtung des Reichstageshauses; er gab ein Gegenwort eine tiefe Ault. Herr v. Eldenburg sprach seine Verwundung über die Abgrenzung der Partei aus.

Die Veranlagung zu Steuern.

Diese Neuerung und die Aufhebung des Schusses der Debatte über den Verfassungen, daß bei dem Zutritt einer ordnungsmäßigen Führung der Verhandlung nicht möglich ist, steigerte die Erregung auf höchste. Reichsanwalt Wedderich sowie der Führer der Veranlagung, Schmidt-Pantow, traten, von ihrem Hausrecht Gebrauch machen zu müssen, sofort nicht Ruhe eintraten.

„Vergewaltigung“, „Anschuldigung“, „Unerschönte Frechheit!“ schrien durch den Saal. Die Folge davon war, daß zunächst Herr Schewe des Saales verwiesen wurde, Herr Zimmer und Herr Goll trat daselbst schiedlich.

Friedrich Reher, einer der ersten Vorkämpfer der Sozialdemokratie, der in den zwanzigsten Jahren Kommunistenprozeß des Jahres 1882 verurteilt war und in verschiedener Weise nach dem Urteil wurde, ist am 1. d. M. in London 63 Jahre alt gestorben.

Die Balaanwirren.

Ein englisches Geschwader im Pirat.

Der Ernst der Situation in Griechenland wird am deutlichsten durch das nachstehende Telegramm aus Malta illustriert:

Ein englisches Geschwader, bestehend aus einem Panzerschiff, drei Kreuzern und vier Torpedobootzerstörern ist unter dem Befehl des Kontrabirals Callaghan nach dem Pirat aus abgegangen.

Wenn die englische Regierung ein so starkes Geschwader nach dem Pirat entsendet, so muß sie die Befürchtung haben, daß die persönliche Sicherheit des Königs gefährdet ist.

Nach Mitteilungen aus Konstantinopel erklärt man dort mit aller Bestimmtheit, daß die Spannung zwischen der Türkei und Griechenland hinsichtlich zum Krise führen muß, wenn Areta Abgeordnete zur griechischen Nationalversammlung entsende und diese dort zugelassen würden.

Dem 'Echo de Paris' zufolge sollen die Engländer sogar den Gedanken erwecken, internationale Truppen nach Griechenland zu senden.

Die türkischen Rüstungen.

Nach einem Telegramm aus Saloniki sind dort gestern die Rekrutjahrgänge 1904 bis 1906 in Stärke von 20,000 bis 25,000 Mann einberufen worden.

Abberufung der griechischen Gesandten.

Wie aus Athen berichtet wird, hat die griechische Regierung beschlossen, die Leiter der diplomatischen Vertretungen Griechenlands aus den verschiedenen europäischen Hauptstädten zurückzuberufen und die Legationssekretäre mit der Geschäftsführung zu beauftragen.

Die Waldschlächterei im Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 3. Februar, im Ministerth: v. Kr. im, W. E. Der Herr Reichstagsabgeordnete Dr. Borchers hat den Antrag, die Abgeordnete Heimann (Soz.) sein Mandat niederzulegen hat.

Die zweite Beratung des Fortsetzt wird fortgesetzt bei den Einnahmen, Ziel Jagd. Hierzu liegt der Antrag Borchers (Soz.) vor, die administrativen Jagdberechtigungen in Zukunft an den Kreisverwaltungen zu verpacken.

Abg. Sero (Zr.): Wir lehnen den Antrag ab. Den Ausführungen des Ministers in dieser Sache können wir uns. Es wäre unangebracht, dem Fortsetzpersonal die Freude an der Jagd zu nehmen.

Abg. Tippe (Kok.): Mit dieser Frage hängt die Sicherung des Wald- und Jagdlandes eng zusammen, wenn auch gewisse Vorkommnisse an diesen Zusammenhänge nicht glauben mag.

Minister v. Kr.: Es hat mir sehr gefallen, die vierjährige Bemerkungen des Ministers, daß durch die Jagdverordnungen eine gewisse Abhängigkeit des Fortsetzpersonals von den Jagdbahnen eintreten würde, haben in höchster Freude den Bauern erregt.

Minister v. Kr.: Es hat mir sehr gefallen, etwas Sprechendes sagen zu wollen. Ich habe mir erlaubt, wollen, daß es überall vereinzelte Schwärze Charaktere gibt.

Die Debatte schließt. Der Antrag Borchers wird abgelehnt.

Die Waldverkäufe.

Beim Titel 'Erlös aus dem Verkauf von Forstgrundstücken' liegen mehrere Anträge vor. Ein Antrag v. Brandenstein (Kok.) erregt um Maßnahmen, die geeignet sind, dahin zu wirken, daß von dem Erlös zu verkaufenden Waldparzellen in der Umgebung vollreicher Städte ein möglichst großer Teil von den an der Erhaltung dieser Wälder interessierten Gemeinden oder Zweckverbänden erworben werden kann.

Abg. v. Brandenstein (Kok.) beantragt, im Zukunft fortwährend erst dann zum Verkauf zu bringen, wenn der Erlös seine Zustimmung dazu erteilt hat.

Abg. v. Brandenstein (Kok.) beantragt, daß zur Förderung der Reibebungen der Schulung fiskalisches Terrain zu Spielplätzen in genügender Größe den Gemeinden zu einem angenehmen Kaufpreis überlassen werden soll.

Abg. v. Brandenstein (Kok.) beantragt, daß zur Förderung der Reibebungen der Schulung fiskalisches Terrain zu Spielplätzen in genügender Größe den Gemeinden zu einem angenehmen Kaufpreis überlassen werden soll.